



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Eimsbüttel
Bezirksversammlung

- öffentlich -

| | |
|---|---|
| Gemeinsamer Antrag GRÜNE-Fraktion SPD-Fraktion | Drucksachen-Nr.: XIX-1737 Datum: 17.02.2014 |
|---|---|

| Beratungsfolge | | |
|-----------------------|--------------------|-------------------------|
| | Gremium | Datum |
| | Bezirksversammlung | Entscheidung 27.02.2014 |

Bundeswehr in der Schule

Sachverhalt:

Die Aussetzung der Wehrpflicht hat für die Bundeswehr das Problem der Nachwuchsrekrutierung erheblich verschärft. Früher rekrutierte die Bundeswehr rund 40 Prozent ihrer Zeitsoldaten aus Wehrpflichtigen, die sich während ihrer Grundwehrdienstzeit entschlossen, den Soldatenjob zum Beruf auf Zeit zu machen. Mit dem Ende der Wehrpflicht entfällt für die Bundeswehrführung dieses sichere Soldatenpotenzial. Man müsse jetzt bei der Nachwuchsrekrutierung mit der Wirtschaft konkurrieren, klagen die Werber der Bundeswehr. Demzufolge liegt es nahe, dass die Bundeswehr ihren dringend benötigten Nachwuchs da rekrutiert, wo ausbildungswillige und -suchende Jugendliche zu finden sind – in Schulen und Universitäten, bei Berufsmessen und bei Jugendberufsagenturen.

Die Bundeswehr tritt daher verstärkt in öffentlichen Schulen, z.B. durch Informationsveranstaltungen und Werbeaktionen, auf. Dabei wird von vielen Pädagogen, insbesondere auch von der GEW (Hamburger Gewerkschaftstag vom 31.10.2013) gefragt, ob und wie eine kritische Auseinandersetzung und Friedensbildung und -erziehung in Schulen weiterhin ausreichend gewährleistet ist.

Informationsveranstaltungen und Werbeaktionen der Bundeswehr gibt es auch in Eimsbütteler Bildungseinrichtungen (z.B. Julius-Leber-Schule am 9.1.2014).

Petition/Beschluss:

Die Vorsitzende der Bezirksversammlung wird gebeten, Vertreter der Schulbehörde, der Julius-Leber-Schule und der Bundeswehr in eine der kommenden Sitzungen des Ausschusses für Bildung, Integration und Sport einzuladen, um über die Besuche und Veranstaltungen der Bundeswehr an Eimsbütteler Schulen zu berichten. Zudem möge der rechtliche Rahmen, in dem sich Besuche und Veranstaltungen der Bundeswehr an Hamburger Schulen bewegen, erläutert werden.

Gabriela Küll und GRÜNE-Fraktion
Nils Haringa und SPD-Fraktion

Anlage/n:
keine